



Wählt Betriebsräte

Bis zum 31. Mai können die Belegschaften in Zehntausenden Betrieben ihre Vertretungen wählen. Über innergewerkschaftliche Opposition und die Jugend sprach ND mit der IG Metall. **Seite 2**



Iraker wollen den Wechsel

Trotz oder gerade wegen des täglichen Mordterrors erhoffen sich die Menschen in Irak von den kommenden Wahlen endlich eine politische Weichenstellung Richtung Frieden. **Seite 3**



Hukou - Ärger für Millionen

Es gibt weit über 100 Millionen Wanderarbeiter in China. Hukou - das Meldegesetz - benachteiligte sie bisher erheblich. Wenigstens will der Volkskongress das Problem jetzt erstmals angehen. **Seite 8**

Standpunkt

Störender Zank

Von Fabian Lambeck

Der momentane Streit in der Koalition um Hartz IV und Gesundheitsreform passt Deutschlands Bossen offenbar nicht ins Konzept. Denn eigentlich läuft derzeit alles wunschgemäß. So umstritten die Details der Gesundheitsreform auch sein mögen, eines ist bereits klar: Der Arbeitgeberanteil soll auf keinen Fall steigen. Die zusätzlichen Belastungen müssen die Arbeitnehmer allein schultern. Auch beim Thema Hartz IV können sich Keitel, Börner und Co. beruhigt zurücklehnen. Die verbesserten Verdienstmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose, die Union und FDP anstreben, sind ganz im Sinne der Unternehmer. Schließlich garantiert ihnen die angestrebte Lösung staatlich subventionierte Billigbeitskräfte.

Was also beunruhigt die Wirtschaftskapitäne so sehr, dass sie mit ihrer Kritik an die Öffentlichkeit gehen? In Deutschland ist es wichtig, selbst schmerzhaft Reformen als gesellschaftlichen Konsens zu verkaufen. Damit dies glaubwürdig über die Bühne gehen kann, muss die Regierung auch geschlossen hinter den Reformen stehen. Eine zerstrittene Koalition kann dem Wahlvolk schlecht vermitteln, dass die sozialen Einschnitte und Steuergeschenke für Unternehmen zum Wohle aller Bürger seien. Der neoliberale Umbau unserer Gesellschaft, den Deutschlands Unternehmer seit Jahren forcieren, ist noch nicht abgeschlossen. Da wäre es ärgerlich, wenn das Projekt aufgrund koalitionsinterner Querelen ins Stocken geriete.

Unten links

Während linke Nostalgiker weiter das Ende des Kapitalismus beschwören, beweist dieser seine Überlebenskraft mit einer besonders teuflischen Strategie: dem sogenannten Rückruf. Weltweit riefen in den vergangenen Wochen unter anderem folgende Großkonzerne Produkte zurück: Toyota, Nissan, Isuzu, General Motors, Peugeot-Citroën, Volkswagen. Damit neben Autokäufern auch Konsumenten eher profaner Produkte erfasst werden, forderte der Discount-Riese Lidl die umgehende Rückgabe einer Käsesorte. Das Ziel dieser ebenso niederträchtigen wie einfach zu exekutierenden Maßnahmen ist klar: Niemand soll mehr sicher sein, sich an einer erworbenen Ware dauerhaft erfreuen zu können. Was gestern noch Luxus war, kann schon morgen schlichte Notwendigkeit sein - die Anschaffung von Zweit- und Dritt-Autos, -Fernsehern, -Computern und anderem Käse. »Macht kaputt, was euch kaputt macht!«, sang einst Rio Reiser. Die neue Perfidie: Das besorgen die Kapitalisten jetzt selbst. *ibo*

www.neues-deutschland.de

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Dänemark Mo-Fr 11,50 DKK/Sa 13,50 DKK;
Österreich 1,60/1,80 EUR;
Slowakei 1,70/1,90 EUR;
Tschechien 61/66 CZK; Ungarn 470/550 Ft;
Polen 6,60/7,00 PLN ISSN 0323-4940



Athen macht Sozialsprengstoff scharf

Gegen das neue Sparpaket der griechischen Regierung ist der Widerstand programmiert

Von Anke Stefan, Athen

Diesmal wird es von Anfang an Widerstand geben: Wenige Stunden bevor Giorgos Papandreou das zweite mit der EU abgesprochene »Maßnahmenpaket« verkünden ließ, demonstrieren Hunderte Rentner vor dem Sitz des griechischen Ministerpräsidenten.

Etwa 60 Prozent der bei der größten staatlichen Sozialversicherungsanstalt IKA versicherten Rentner beziehen weniger als 600 Euro im Monat bei Lebenshaltungskosten, die sich nicht wesentlich von denen in Deutschland unterscheiden. Eine Aussicht auf Besserung gibt es nicht: Die seit 2008 nicht erhöhten Renten bleiben auch 2010 eingefroren. Auch von anderen neuen Einschnitten sind die Rentner betroffen.

Die am Mittwoch vom Regierungssprecher bekannt gegebenen neuen Umverteilungsmaßnahmen beinhalten eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von 19 auf 21 Prozent im Hauptsteuersatz. Der für Lebensmittel geltende ermäßigte Satz wird um einen Prozentpunkt auf 10, der unter anderem für Zeitungen und Bücher geltende niedrige Satz von 4,5 auf 5 Prozent erhöht. Die bereits im ersten Sparpaket erhöhte Mineralölsteuer wird nochmals aufgestockt, sodass die Preise bei Benzin um 8 Cent und beim Heizöl um 3 Cent pro Liter steigen. Ebenfalls zum zweiten Mal werden auch die Steuern auf Tabak und Alkohol erhöht. Insgesamt erhofft sich die Regierung 4,8 Milliarden Euro Entlastung für die Staatskasse.

Davon fallen 700 Millionen Euro auf Einsparungen bei den Bezügen der öffentlichen Angestellten, die den eigentlichen Sprengstoff des neuen Maßnahmenpakets bilden. Sie sollen durch die Beschneidung des Weihnachtsgeldes um 30 Prozent, des Urlaubsgeldes und der Osterzulage um ebenfalls 30 Prozent und einer neuen 12-prozentigen Kürzung bei den Lohnzahlungen erreicht werden. Bereits im ersten Paket waren den Staatsbediensteten die Lohnzahlungen um 10 Prozent gekürzt worden.

Das Weihnachtsgeld bildet in Griechenland das 13., Urlaubsgeld und Osterzulage zusammen ein 14. Monatsgehalt. Beide Zusatzgehälter werden von den Lohnabhängigen überwiegend nicht für Geschenke oder Urlaub, sondern für Abzahlungen von Darlehen oder andere fest im Familienbudget stehende notwendige Ausgaben gebraucht. Es steht zu erwarten, dass sich besonders gegen diese Maßnahme erbitterter Widerstand bildet, auch vor dem Hintergrund,

Berlin (Agenturen/ND). Die Union will noch vor der parlamentarischen Sommerpause ein neues Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung verabschieden und setzt ihren Koalitionspartner unter Druck. Das FDP-geführte Bundesjustizministerium lehnte jedoch Schnellschüsse bei einer Neuregelung ab. Eine wechselseitige Blockade von CDU/CSU und FDP sieht SPD-Innenexperte Dieter Wiefelspütz kommen.

Angesichts des drohenden Koalitionskrachs hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) eine Einigung des Innen- und des Justizressorts angemahnt. Dies müsse »einerseits so zügig wie möglich und gleichzeitig so gründlich wie nötig erfolgen«, versuchte ein Regierungssprecher zu schlichten.

Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, die sich vor Amtsantritt den Klagen



Rentner in Rage - vor dem Regierungssitz in Athen bricht sich angestaute Wut Bahn.

Foto: dpa

gegen die Datenspeicherung abgeschlossen hatte, wies Forderungen aus der Union und der Polizei zurück, das Gesetz nun schnell neu zu regeln. Die Gesetzgebung müsse »seriös, handwerklich sorgfältig und eingebettet in die europäischen Überlegungen« erfolgen, sagte sie in Berlin. Auf EU-Ebene sei im Herbst ein Bericht zur Vorratsdatenspeicherung zu erwarten. Die Ministerin rechnet durch das Urteil auch mit Auswirkungen auf andere Vorhaben wie die Speicherung von Fluggast-Daten in der EU.

Der Kritik von Polizeigewerkschaften und BKA, die nach dem Karlsruher Urteil Sicherheitslücken sehen, entgegnete FDP-Fraktionschefin Birgit Homburger, dass jetzt praktisch der rechtliche Zustand wie vor dem 1. Januar 2008 herrsche. Die Strafverfolgungsbehörden können bei einem begründeten Verdacht oder zur Gefahrenabwehr nach wie vor auf die Daten zurückgreifen, die die Telekommunikationsunternehmen zu eigenen Zwecken - wie für Abrechnungen - speicherten. Mit der

that der Unternehmensverband die vom Staat gelieferte Vorlage sicherlich für eine Kürzung der entsprechenden Gelder auch bei den in der privaten Wirtschaft Beschäftigten nutzen wird. Der Gewerkschaftsdachverband der öffentlichen Angestellten ADEDY hat bereits einen neuen landesweiten Streik für den 16. März ausgerufen. Die kommunistisch orientierte Gewerkschaftsfront PAME mobilisierte ihre Mitglieder schon am Mittwoch auf Kundgebungen in Athen. Für den heutigen Donnerstag hat die PAME zu einer zentralen Kundgebung vor dem griechischen Parlament aufgerufen.

In Berlin, wo Premier Giorgos Papandreou am Freitag erwartet wird, lobte Kanzlerin Angela Merkel die Milliarden-Sparliste als wichtiges Signal, dass Athen seine Hausaufgaben macht. Zuvor hatte sich Merkel laut Medien mit Außenminister Guido Westerwelle und weiteren Kabinettsmitgliedern zu einem vertraulichen Spitzengespräch getroffen. Dabei sei besonders die Frage erörtert worden, ob und welche Hilfe die Bundesregierung der griechischen Regierung in Aussicht stellen könne. Die Teilnehmer seien sich einig gewesen, dass Griechenland sich zunächst aus eigener Kraft helfen müsse.

Neuer Streit um Vorratsdatenspeicherung

Union drängt zur Eile bei Neuregelung / FDP-Justizministerin will keine Schnellschüsse

Nach dem Aus für die Vorratsdatenspeicherung durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts bahnt sich ein neuer Konflikt in der schwarz-gelben Koalition an.

gegen die Datenspeicherung abgeschlossen hatte, wies Forderungen aus der Union und der Polizei zurück, das Gesetz nun schnell neu zu regeln. Die Gesetzgebung müsse »seriös, handwerklich sorgfältig und eingebettet in die europäischen Überlegungen« erfolgen, sagte sie in Berlin. Auf EU-Ebene sei im Herbst ein Bericht zur Vorratsdatenspeicherung zu erwarten. Die Ministerin rechnet durch das Urteil auch mit Auswirkungen auf andere Vorhaben wie die Speicherung von Fluggast-Daten in der EU.

Der Kritik von Polizeigewerkschaften und BKA, die nach dem Karlsruher Urteil Sicherheitslücken sehen, entgegnete FDP-Fraktionschefin Birgit Homburger, dass jetzt praktisch der rechtliche Zustand wie vor dem 1. Januar 2008 herrsche. Die Strafverfolgungsbehörden können bei einem begründeten Verdacht oder zur Gefahrenabwehr nach wie vor auf die Daten zurückgreifen, die die Telekommunikationsunternehmen zu eigenen Zwecken - wie für Abrechnungen - speicherten. Mit der

Vorratsdatenspeicherung habe sich die Aufklärungsquote nicht verändert, so Homburger.

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von Dienstag sind die 2008 in Kraft getretenen Regelungen zur Vorratsdatenspeicherung mit dem Grundgesetz nicht vereinbar. Die Karlsruher Richter berufen sich dabei auf Artikel 10 Absatz 1, in dem das Fernmeldegeheimnis als unverletzliches und unmittelbar geltendes Grundrecht geschützt ist. Ein so tiefer Eingriff in die Grundrechte sei nur unter engsten Voraussetzungen zulässig.

Constanze Kurz vom Chaos Computer Club begrüßt, dass nach der jüngsten Rechtsprechung die Bürger darüber informiert werden müssen, wenn ihre Daten auf Vorrat gespeichert worden sind. Eine Notwendigkeit für ein neues Gesetz sieht Kurz nicht.

Der Konstanzer Datenschützer Werner Hülsman, einer der Beschwerdeführer des AK Vorratsdatenspeicherung, ist überzeugt, dass das Urteil nicht nur Ansporn für die Datenschützer in ganz Eu-

ropa zu weiteren Aktivitäten ist. Es sei auch als Vorgabe für alle Datensammlungen zu verstehen. Die Speicherung von Fluggastgedaten oder das Elena-Verfahren zur digitalen Übertragung von Arbeitnehmerdaten müsse sich an den Maßstäben aus Karlsruhe messen lassen. Noch optimistischer ist der Bundesbeauftragte für den Datenschutz, Peter Schaar. Er hofft, dass die Vorratsdatenspeicherung bald auch europaweit gestoppt werde. Bei der Verhandlung in Karlsruhe vertrat er die Auffassung, dass es keine Straftaten gebe, die ohne Datenspeicherung »grundsätzlich nicht aufgeklärt werden könnten«.

Die LINKE fordert als Konsequenz aus dem Karlsruher Urteil ein Moratorium für sämtliche elektronischen Großprojekte wie den elektronischen Entgeltnachweis Elena oder das »Swift«-Bankdaten-Abkommen. »Wer so grundsätzlich markiert wird, sollte innehalten und nicht, wie die CDU/CSU, unbeirrbar weiter stürmen wie bisher«, erklärte Fraktionsvorsitzende Petra Pau.

Die Vereinten Nationen haben die nächsten zehn Jahre zur Dekade der Verkehrssicherheit ausgerufen. 2011 bis 2020 soll es Kampagnen geben, um die Straßen sicherer zu machen. Die Aktionen zielen vor allem auf die Entwicklungsländer, wo laut UN 90 Prozent der Verkehrstoten registriert werden.

Oslo/Teheran (dpa). Iran und Norwegen weisen gegenseitig Diplomaten aus. Konfliktauslöser ist das Asyl für einen iranischen Ex-Diplomaten in Norwegen.

Unternehmer kritisieren Schwarz-Gelb

BDI-Chef Keitel fordert soziale Einschnitte

Berlin (Agenturen/ND). Die Kritik aus der Wirtschaft an der schwarz-gelben Koalition wird heftiger. Der Präsident des Außenhandelsverbandes (BGA), Anton Börner, forderte die Regierung auf, die Streitigkeiten beizulegen und mit den angekündigten Reformen Ernst zu machen. Börner sagte: »Wir können den Sozialstaat nicht weiter aufblähen wie bisher.« Der Präsident der Familienunternehmer (ASU), Patrick Adenauer, forderte mehr Verlässlichkeit von der Regierung. Bereits am Dienstag hatte der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Hans-Peter Keitel, heftige Kritik am Kurs der Regierung geübt. Keitel forderte Union und FDP auf, sich für Einschnitte bei Sozialleistungen aus. »Eine Konsolidierung der Haushalte wird nicht gelingen, ohne dass man an die sensiblen Teile, die Sozialausgaben, geht.« Sparpotenziale gebe es bei der Bundesagentur für Arbeit sowie der Renten- und der Krankenversicherung. Die Debatte darüber müsse jedoch gut vorbereitet werden.

Die Bundesregierung wies die Kritik am Mittwoch als unbegründet zurück. Allerdings wird Kanzlerin Merkel (CDU) am Freitag bei der Internationalen Handwerksmesse in München mit Spitzenvertretern der Wirtschaft zu einer internen Aussprache zusammenkommen.

Kurz

Tanker gekapert

Nairobi (dpa). Somalische Piraten haben im Golf von Aden den saudischen Tanker »Al-Nisr al-Saudia« mit 14 Mann Besatzung an Bord gekapert. Der war außerhalb des von Kriegsschiffen gesicherten internationalen Transitkorridors unterwegs gewesen.

Polizeichef verhaftet

Guatemala-Stadt (AFP). In Guatemala sind der Chef der Nationalen Polizei und die Leiterin der Antidrogen-Abteilung wegen Verwicklung in den Rauschgifthandel festgenommen worden. Es geht um Verbindungen zur Drogenmafia, Verschwörung, Amtsmissbrauch, illegale Festnahmen und Behinderung der Justiz.

Verkehr im UN-Fokus

New York (dpa). Die Vereinten Nationen haben die nächsten zehn Jahre zur Dekade der Verkehrssicherheit ausgerufen. 2011 bis 2020 soll es Kampagnen geben, um die Straßen sicherer zu machen. Die Aktionen zielen vor allem auf die Entwicklungsländer, wo laut UN 90 Prozent der Verkehrstoten registriert werden.

Diplomaten-Hickhack

Oslo/Teheran (dpa). Iran und Norwegen weisen gegenseitig Diplomaten aus. Konfliktauslöser ist das Asyl für einen iranischen Ex-Diplomaten in Norwegen.